Politisches Frühjahrsfest der Zahnärzte in Berlin

Prävention als Leitbild einer modernen Gesundheitspolitik

KZBV und BZÄK luden auch in diesem Jahr zum traditionellen Frühjahrsfest ein. Mehr als 300 Gäste aus Politik, Gesundheitswesen, Selbstverwaltung, Wissenschaft und Medien kamen nun im dritten Jahr in Folge in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg am Rande des Berliner Tiergartens zusammen, um sich über aktuelle gesundheitspolitische Entwicklungen auszutauschen.



Martin Hendges mit Tino Sorge, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit.



Dr. Karl-Georg Pochhammer, Dr. Ute Maier, Katharina Schenk, Gesundheitsministerin des Freistaats Thüringen und amtierende Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz, Martin Hendges.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Daniel Mouratidis, dem Dienststellenleiter der Landesvertretung, der in seiner Begrüßung die große Bedeutung der Zahnmedizin für das deutsche Gesundheitssystem unterstrich.

In seiner Rede gratulierte der Vorstandsvorsitzende der KZBV, Martin Hendges, der neuen Bundesgesundheitsministerin Nina Warken sowie den beiden Parlamentarischen Staatssekretären Tino Sorge und Dr. Georg Kippels zu ihrer Ernennung. Hendges nahm die Amtseinführung von Ministerin Warken zum Anlass, seine Zuversicht auf eine Rückkehr zu einem sachlichen und lösungsorientierten Dialog zwischen Bundesregierung und Selbstverwaltung zum Ausdruck zu bringen: „Wir alle sind uns einig, dass eine zielorientierte und nachhaltige Gesundheitspolitik nur möglich ist, wenn die wirklichen Experten im Gesundheitswesen eingebunden werden – nämlich diejenigen, die tagtäglich mit hohem Engagement die Versorgung vor Ort sicherstellen."

Besonders hob Hendges die Erfolge der konsequent auf Prävention ausgerichteten Versorgungskonzepte in der Zahnmedizin hervor. Die Ergebnisse der kürzlich veröffentlichten Sechsten Deutschen Mundgesundheitsstudie (DMS 6) belegten eindrucksvoll, wie nachhaltig die auf Prävention ausgerichteten Versorgungskonzepte in der Zahnmedizin wirkten: „Wir haben die Mundgesundheit von Millionen Menschen in unserem Land weiter nach vorne gebracht – hiervon profitiert auch die Allgemeingesundheit in entscheidendem Maße." Der Zusammenhang zwischen Parodontalerkrankungen und schweren chronischen Erkrankungen, wie Herz-Kreislauf-Leiden, Diabetes oder Demenz, zeige deutlich, wie wichtig frühzeitige zahnmedizinische Intervention sei – denn: Es gibt keine Gesundheit ohne Mundgesundheit! Gleichzeitig betonte Hendges, dass der Anteil der Zahnmedizin an den Leistungsausgaben der GKV über zwei Jahrzehnte um mehr als ein Drittel gesunken sei: „Wir sind keine Kostentreiber – Prävention wirkt. Sie spart bares Geld."

„Rasenmäherprinzip" ist ungerecht

Mit Nachdruck warnte Hendges hingegen vor den negativen Auswirkungen kurzsichtiger und undifferenziert auf sämtliche Leistungsbereiche angewandter Kostendämpfungsmaßnahmen: „Kostendämpfung nach dem ‚Rasenmäherprinzip' ist nicht nur ungerecht, sondern löst in keiner Weise die wahren Probleme unseres Gesundheitssystems." Solche Maßnahmen gefährden eine wohnortnahe, flächendeckende Versorgung und schrecken junge Zahnärztinnen und Zahnärzte von der Niederlassung ab. Das GKV-Finanz-



Landesvertretung Baden-Württemberg.



Präsident der BZÄK, Prof. Dr. Christoph Benz.

stabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) habe der neuen, präventionsorientierten Parodontitistherapie nachhaltig geschadet, erinnerte Hendges. Dies habe deutlich gezeigt, welche fatalen Folgen mit einer kurzsichtigen Kostendämpfungspolitik einhergehen. Daher sei es sowohl aus medizinischen als auch finanziellen Gründen dringend erforderlich, gezielt in präventive Versorgungskonzepte zu investieren und diese nachhaltig auszubauen.

Deutliche Worte fand Hendges auch zur wachsenden Zahl investorengetragener Medizinischer Versorgungszentren (iMVZ): „Allein mit Transparenz ist es nicht getan. Es braucht endlich klare gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von iMVZ-Gründungen – räumlich wie fachlich." Der Koalitionsvertrag enthalte wichtige Ansätze, nun müsse diesen auch gesetzgeberisch gefolgt werden.

Die Sicherstellung der Versorgung werde mit Blick auf den demografischen Wandel zur zentralen Herausforderung der kommenden Jahre. Einer Bedarfsplanung vom Reißbrett, insbesondere einer Bedarfszulassung, erteilte er eine Absage. Die Zahnärzteschaft brauche Rahmenbedingungen, die eine Niederlassung attraktiver machen. Vor diesem Hintergrund kündigte Hendges einen „Aktionsplan Sicherstellung" an, mit dem die KZBV Lösungen für eine zukunftsfeste Versorgung vorlegen werde.

Zum Abschluss rief Hendges dazu auf, Prävention zum Leitbild einer modernen Gesundheitspolitik zu machen. Hierfür bot Hendges der neuen Bundesregierung und allen anwesenden Politikerinnen und Politikern einen Dialog und die Expertise der Selbstverwaltung an.

Die Gesundheitsministerin des Freistaats Thüringen und amtierende Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz, Katharina Schenk, würdigte in ihrem Grußwort die Verdienste der Zahnärzteschaft um die Mundgesundheit der Bevölkerung.

Mit Blick auf die demografiebedingten Herausforderungen bei der Sicherstellung der flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung nutzte die Ministerin die Bühne, um den Gästen des Frühjahrsfests insbesondere die Perspektive der ostdeutschen Bundesländer näher zu bringen. Sie stellte die Bemühungen ihrer Landesregierung dar und führte dabei insbesondere das Thüringer Haus- und Zahnärztesicherstellungsgesetz ins Feld, das Haus- und Zahnärzte stärker an das eigene Bundesland binden und zu einer Niederlassung vor Ort in Thüringen bewegen soll. Die Niederlassung attraktiver zu gestalten, bezeichnete Schenk ebenfalls als Schlüsselmaßnahme.

Darüber hinaus fand die GMK-Vorsitzende auch lobende Worte für die Ergebnisse der DMS 6. Es sei ein großer Erfolg, dass Millionen Menschen mit ihren eigenen Zähnen alt werden – dies verdiene einen Applaus. „Halten Sie die Ergebnisse der DMS 6 stolz hoch" appellierte die Ministerin an die Zahnärzteschaft: „Sie legen die Grundlage für ein gesundes Leben." Mit Bezug auf die Erfolge in der präventionsorientierten Zahnmedizin hob sie hervor: „Prävention zahlt sich auch volkswirtschaftlich aus." Dies müsse aus ihrer Sicht viel lautstärker kommuniziert werden. Ministerin Schenk kündigte an, bei der nächsten GMK Mitte Juni in Weimar einen Leitantrag zum Thema Prävention einzubringen. Mit Blick auf die aktuelle Legislaturperiode auf Bundesebene führte die Ministerin aus: „Ich bin zuversichtlich, dass der Koalitionsvertrag von Union und SPD uns ordentlich Anschub geben wird."

Den Schlusspunkt setzte Prof. Dr. Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer. In seiner Ansprache ging er auch nochmals lobend auf die Ergebnisse der DMS 6 ein. Die Politik könne von der Zahnmedizin lernen, insbesondere von dem präventionsorientierten Versorgungsansatz. Um mehr Zahnärztinnen und Zahnärzte zur eigenen Niederlassung zu bewegen, brauche es eine Entlastung der Praxen, insbesondere durch Bürokratieabbau.

Quelle: PM der KZBV vom 21.5.2025